

Ruth Humbel

Christentum und Demokratie

Christlich-demokratische Parteien besitzen einen grossen Wähleranteil in Europa, ja es gibt sogar eine Christlich-Demokratische Internationale. In der Schweiz zählt die *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) zu den Regierungsparteien. Sie vertritt die Anliegen einer breiten Wählerschaft, obschon traditionell ihre Mitglieder zur Hauptsache Katholiken sind. **"Christliche Demokratie", "Christdemokraten", "christlich-demokratisch": Wie kommt es zu dieser Verbindung zweier doch recht verschiedener Begriffe und was ist mit ihnen gemeint?**

Demokratie gilt heute, zumindest in der westlichen Welt, als attraktives Zauberwort. Wer würde nicht demokratisch sein wollen? Wer könnte es wagen, etwas gegen die Demokratie zu sagen? Wo immer Menschen zusammenkommen, versuchen sie, in demokratischen Verfahren Lösungen zu finden. Vor einigen Jahren glaubte ein Amerikaner sogar schreiben zu dürfen, die Weltgeschichte habe ihr Ende in einem demokratischen Zeitalter gefunden. Er nannte sein Buch: *The End of History*.

Allerdings hat sich sogleich herausgestellt. Die Sache ist komplizierter, Geschichte verläuft nicht linear auf ein Ziel hin. Und erst recht nicht steht sie still. Noch heute gibt es in mehreren Ländern hartnäckigen Widerstand gegen das Erfolgsmodell Demokratie. Immerhin: Sogar Diktatoren, die den demokratischen Staat ablehnen, behaupten, demokratisch zu sein. Denn auf die Legitimationsmacht des Demokratischen kann niemand verzichten. Zumindest den Deckmantel, den Schein des Demokratischen, braucht es immer.

In der Schweiz, in Europa, in den USA und in weiten Teilen der Welt werden demokratische Formen sorgfältig gehegt und gepflegt. Demokratische Verfahren werden ausgefeilt, immer wieder aufs Neue geprüft und wenn nötig perfektioniert. Die Demokratie gilt zu Recht und unbestritten als die beste Staatsform. Sie wird geradezu verehrt. Höchs-

tens fragt man sich hie und da, ob diese wunderbare Errungenschaft in ihrer Existenz nicht vielleicht gefährdet sei. Vermag die Demokratie auch im neuen Jahrtausend zu überleben? Gibt es Kräfte, die ihren Bestand in Frage stellen? Könnten neue antidemokratische Mächte aufkommen und sie vernichten? Ist vielleicht ein Niedergang der Demokratie zu befürchten, weil Menschen nicht mehr bereit sind, sich in der Demokratie einzusetzen? Leidet die Demokratie an einer Erosion durch die entfesselten Kräfte der globalisierten Wirtschaft? Solche Ängste sind durchaus vorhanden und leider auch gut begründet. Aber insgesamt dominiert die ruhige Gewissheit, nach einem Jahrhundert zweier Weltkriege und totalitärer Ideologien in einem besseren Zeitalter zu leben, einer Epoche der Menschenrechte, des Wohlstandes und der Demokratie.

Die geradezu universale Anerkennung der Demokratie erstreckt sich nicht zugleich auch auf das Christentum. Das Christentum selbst beansprucht zwar Universalität, es ist indes nur eine der grossen Weltreligionen. In jenen Teilen der Welt, in denen das Christentum anerkannt wird, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Christentum und Demokratie. Die Bezeichnungen "Christliche Demokratie" oder "christlich-demokratische Bewegung" legen zwar die Folgerung nahe, Christentum und Demokratie hätten zu einer problemlosen und idealen Verbindung gefunden. **Doch: Wie steht es mit dem Verhältnis der beiden beiden Bereiche zueinander?**

Die Antwort auf diese Frage ist Sache aller. Christentum und Demokratie liegen nicht in den Händen von Parteien. Jeder Mensch kann sich mit ihnen auseinandersetzen und über sie nachdenken, ob nun in der Freizeit, in einem einfachen Gespräch bei Tisch, in einer Arbeitspause, auf einer Reise, am Feierabend oder aber professionell auf dem Niveau von Politik und Wissenschaft. Gerne leiste auch ich dazu einen Beitrag.

Ein Blick auf die Geschichte demokratischer und christlicher Tradition

Während die Demokratie heute das Christentum an universaler Anerkennung übertrifft, so war dies früher anders. **Erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Wert-**

schätzung der Demokratie Allgemeingut geworden. Zuvor betrachtete man die Demokratie mit Skepsis.

Schon die Erfinder der Demokratie, die alten Griechen, waren in der Mehrheit der Auffassung, zu viel Demokratie sei nicht gut. Platon und Aristoteles hatten erlebt, wie ihr Lehrer Sokrates durch das Volksgericht zum Tode verurteilt worden waren. Sie warnten vor einem Zuviel an Demokratie. Die demokratischen Politiker selbst arbeiteten in Athen an einem System von Checks and Balances, das die Demokratie einschränkte. Man wollte der Volksversammlung und der freien Entscheidung dort nicht alles anvertrauen. Da gab es Gesetze, Vorschriften, Verfahrensweisen, Gerichte, Räte, Magistraten, und sie alle wurden ihrerseits kontrolliert. So wollte man verhindern, dass demokratische Einrichtungen missbraucht wurden oder noch schlimmer: das politische System entartete. In der Römischen Republik sorgten ein starker Senat und die aus den Oberschichten besetzten Magistraten für eine Kontrolle demokratischer Kräfte.

Die Gründerväter der amerikanischen Verfassung kannten die Erfahrungen der Alten ebenso wie die Französischen Revolutionäre, und viele von ihnen waren deshalb bei allem Eintreten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegenüber radikalen demokratischen Prinzipien skeptisch eingestellt. Mischverfassung und Gewaltenteilung wurden über die demokratische Volksherrschaft gestellt. Als Frankreich durch Robespierre im blutigen Terror verkam, war für eine weitere Verankerung eines tiefen Misstrauens gegenüber den Exzessen extremer Demokraten gesorgt.

Vor Mängeln der Demokratie zu warnen, war auch nach der Französischen Revolution gang und gäbe. Der kluge Alexis de Tocqueville, der mit viel Sympathie im 19. Jahrhundert die amerikanische Demokratie beschrieben hat, meinte unter anderem: "Was mich in Amerika am meisten abstösst, ist nicht die dort herrschende äusserste Freiheit, sondern der geringe Schutz gegen die Tyrannei."

Freilich konnte sich niemand der Notwendigkeit verschliessen, den durch die Aufklärung und das Revolutionszeitalter eingeleiteten Prozess fortzusetzen. Menschen mussten die gleichen Rechte haben. Ein Staat war aufzubauen, der seinen Bürgern diese Rechte

garantierte. Immer weiter ging diese Entwicklung. In immer mehr Staaten haben immer mehr Bürger und Bürgerinnen diese Gleichstellung bekommen.

Das Christentum erreichte sehr viel früher als die Demokratie universale Anerkennung. Dabei vermochte es Jahrhunderte vor der Französischen Revolution der von ihm vertretenen Auffassung einer prinzipiellen Gleichheit der Menschen zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese spezifisch christliche Sicht gründet auf dem Wissen, dass der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. Dadurch besitzt jeder Mensch seine Würde, dadurch ist er Person. Aufgrund des gemeinsamen Ursprunges bildet das Menschengeschlecht eine Einheit. Bei aller reichen Vielfalt der Personen, Kulturen und Völker sind alle Menschen Brüder und Schwestern. Sie anerkennen sich, denn in jedem sehen sie das Bild Gottes. Miteinander verbunden sind sie durch Solidarität und Liebe. Durch dieses Verständnis ist von frühesten Zeiten an die Sorge für den Nächsten in allen denkbaren Formen im Christentum wichtig geworden: Betreuung der Armen, Witwen und Waisen, Versorgung der Alten, Kranken und Fremden oder die Verantwortung für die Bestattung der Toten. All das hat von Anfang an das Leben christlicher Gemeinden bestimmt.

Mit der Achtung der Menschen und der gleichen Behandlung aller – unabhängig von Herkunft, Rang oder Besitz – kann das Christentum ein demokratisch geordnetes politisches System übertreffen, zumal die Christen seit jeher einen starken inneren Anstoss zum Engagement in der Gegenwart verspürt haben. Sie sehen sich einbezogen in die Gnade Gottes und verstehen sich als Mitwirkende an dieser Gnade: So beteiligen sich seit jeher aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik.

Christentum und politisch-gesellschaftliches System sind indes nicht identisch. Das Reich Jesu Christi ist nicht von dieser Welt. Aus christlicher Sicht soll zwar mit allen Kräften versucht werden, den Idealen der Liebe zu folgen und Staat und Gesellschaft entsprechend zu formen. Doch dürfen weltliche Verhältnisse nicht mit der Vollkommenheit in eins gesetzt werden. Die Menschen sind letztlich auch nur vorübergehend – gewissermassen als Fremde – in dieser Welt. Bestimmt sind sie für das Himmelreich. So

konnten Christen Missstände in der Welt gelassener als andere betrachten. Christen sind cooler als reine Demokraten. Sie sind auch von der Beeinflussung durch schönfärberische Ideologien gefeierter.

Von einer christlichen Position her wird die Gegenwart kritisch wahrgenommen.

Heute ist es nicht zuletzt das Erbe des römischen Ordnungsdenkens wie auch einer Jahrtausende alten Tradition, welche es Christen erleichtert, nicht einfach einer blinden Fortschrittseuphorie des profanen Glaubens an einen positiven Einfluss von Demokratie und Wirtschaft zu verfallen. **Zwischen Christentum und der modernen Welt mit ihrem globalisierten Demokratiedenken besteht ein gesundes Spannungsverhältnis:** Nein, die Welt wird durch Demokratie, Menschenrechte und freie Wirtschaft allein nicht gut. Ohne die täglichen durch Liebe geleiteten Entscheidungen, das Ringen um Einsicht und Übereinkunft sowie ständige Arbeit kommen wir diesem Ziel nicht näher.

Wertschätzung menschlicher Gemeinschaft

Das Leben der Christen ist **Leben in der Gemeinschaft**. Christen erleben die positiven Wirkungen einer guten Gemeinschaft bereits im kirchlichen Leben. Die **christlichen Gemeinschaften** übernehmen nicht zuletzt zahlreiche soziale und kulturelle Aufgaben, engagieren sich in der Entwicklungshilfe und helfen bei der Sozialisation, insbesondere auch der Jugend und der Ausländer.

Es wäre von Nachteil für alle, und damit auch für die Demokratie, wenn der Staat diese Arbeit – aus abstrakten gleichmacherischen Gründen heraus (gleiche Rechte für alle Religionen) – behindern würde, indem er zum Beispiel die Erhebung von Kirchensteuern erschwert, den Religionsunterricht behindert oder das Anbringen von Kreuzen verbietet.

Eine fundamentale Bedeutung besitzt die **Familie**. Sie ist die Kernzelle von Gesellschaft und Staat. Die innige Gemeinschaft des Lebens und der Liebe in der Ehe besitzt eine hohe Würde. In christlicher Sicht ist sie vom Schöpfer begründet und geschützt. Heute ist es freilich für viele schwierig, persönliches Leben, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Es wäre eine nicht vertretbare Einschränkung, wenn die Freiheit, eine Ehe zu schließen, Kinder und eine Familie zu haben, Menschen unserer Zeit nicht offen stünde. Die schweizerische CVP setzt sich für ein kinder- und familienfreundliches Land ein. Für **Kindererziehung** und **Kinderbetreuung** werden bessere Verhältnisse geschaffen. **Steigende Abgaben und Gebühren und namentlich die Explosion der Krankenkassenprämien haben den Spielraum der Familien stark eingeschränkt.** Hier wird Gegensteuer gegeben. **Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare** sollen ebenfalls Anerkennung finden.

Menschliche Gemeinschaft im demokratischen Europa kommt auf den verschiedensten Ebenen und in vielfältigen Einheiten und Formen zustande, so in der Gemeinde, in Städten, in der Kultur, im Sport, in Regionen, Nationen oder zuletzt in einem gemeinsamen Europa. Menschliche Beziehungen kommen indes nur dann zustande, wenn sie konkret und direkt sind. Von daher müssen wir auf Strukturen setzen, welche die Räume für die menschlichen Gemeinschaften offen lassen. **Zentralistische Direktiven behindern die freiheitliche Entfaltung. Föderalismus und Achtung vor den gewachsenen Einheiten sind eine unerlässliche Bedingung für ein Europa der Zukunft.** Gerade die schweizerische Demokratie mit ihrem ausgewogenen System von Bund, Kantonen und Gemeinden zeigt deutlich, wie die Zufriedenheit und das Wohlergehen der Menschen abhängig ist von einem hohen Mass an Föderalismus und Demokratie. Unter solchen Bedingungen ist es für die Einzelnen leichter, ein Leben zu führen, in welchem aktive Liebe, Solidarität und Subsidiarität in der alltäglichen Begegnung mit anderen Menschen zum Zuge kommen.

Damit ist dann auch eine Antwort auf die Befürchtungen gegeben, die Zukunft der Demokratie könnte im dritten Jahrtausend gefährdet sein. Wer dem Impetus gelebter christlicher Liebe Raum gibt, sichert die Existenz der demokratischen Staats- und Staatengemeinschaft.

Solidarität und Subsidiarität

Solidarität meint die Bereitschaft, einander zu helfen und füreinander einzustehen.

Zu denken ist an die Bereitschaft der Alten, den Jungen, und der Jungen, den Alten zu helfen. Kinderlose helfen Familien. Gesunde tragen Kosten von Kranken und Pflegebedürftigen. Arbeitende zahlen für Arbeitslose. Reiche Länder helfen armen. Die Bereitschaft zur Solidarität wächst in einer fairen Gesellschaft, in der alle damit rechnen können, im Notfall Hilfe zu bekommen.

Subsidiarität bezeichnet Hilfeleistungen an Einzelne, Familien oder staatstragende Gemeinschaften, welche ihre Aufgaben oder Verantwortung aus eigenen Kräften nicht wahrnehmen können.

Solidarität und Subsidiarität achten die freie Initiative und Verantwortung der Einzelmenschen und der verschiedenen Sozialgebilde. Alle leisten, was sie zu leisten vermögen. Solidarität und Subsidiarität sind für Staat, Demokratie und Wirtschaft unentbehrliche Voraussetzungen für den Erfolg.

Man muss das an einigen heute wichtigen Beispielen veranschaulichen. Ich persönlich habe das Glück mit meiner Familie in der Nähe meiner Eltern zu wohnen. Das Einspringen der Eltern bei der Kinderbetreuung ist eine wichtige Stütze. Ich könnte nicht arbeiten, in der Politik aktiv sein und Geld verdienen, wenn ich keine Hilfe bei der Betreuung der Kinder hätte. Auch mein Mann ist bereit, die vorhandenen Aufgaben mit mir zu teilen. Die partnerschaftliche, solidarische Aufteilung der alltäglichen Arbeit im Haushalt und die Hilfe der älteren Generation für die jüngere ermöglichen das Engagement in Wirtschaft und Politik. Von diesem Engagement wiederum profitieren alle. Frauen, die arbeiten und politisieren, und gleichzeitig Kinder haben, sind nicht auf dem Ego-Trip. Genauso wie die Arbeit meiner Generation der Finanzierung der Altersvorsorge dient und für die Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen sorgt, wird der Einsatz unserer Kinder der heute aktiven Generation zugute kommen. Das ist gelebte Solidarität.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist das **Gesundheitswesen**. Gesundheitspolitik ist eines meiner Hauptgebiete, und deshalb bleibe ich hier ein bisschen länger. Dank den Fortschritten von Medizin und Technik leben wir besser als je zuvor. Wir alle werden älter und können länger aktiv bleiben. Mit fast fünfzig Jahren betreibe ich noch intensiv Sport. Auch mein bald fünfundsiebzigjähriger Vater läuft regelmässig und nimmt zusammen mit unseren Kindern und mir an Orientierungsläufen teil. Noch immer pflanzt er Kartoffeln und pflegt seinen Weinberg. Doch wie die meisten Menschen hat er wiederholt in seinem Leben Antibiotika gebraucht. Als er sich beim Mähen der Wiese mit der Sense verletzte, hat er sofort Hilfe im Spital erhalten. Medikamente, Spitäler und medizinische Leistungen müssen bezahlt werden. Die moderne Medizin kann immer mehr machen. Eine immer teurere Infrastruktur und immer noch bessere Maschinen wie zum Beispiel Computertomographen stehen zur Verfügung. Die Menge der angebotenen und benutzten medizinischen Leistungen wird immer grösser. Wie bringen wir es fertig, von den wunderbaren Errungenschaften der modernen Medizin zu profitieren? Sollten wir es vielleicht so machen, gewisse Leistungen nicht mehr allen zugänglich zu machen? Wollen wir von den alten Menschen mehr Geld verlangen, weil sie ja häufiger krank sind? Oder wollen wir es machen wie in England, wo Leute über 80 Jahre keine Bypass-Operation, kein neues Hüftgelenk oder Zugang zu einem Dialysegerät bekommen, wenn sie es nicht privat bezahlen? Nein, und nochmals nein! Eine Zweiklassenmedizin kommt nicht in Frage! Der freie Zugang zu medizinischen Leistungen für alle muss sichergestellt werden. Wir sind solidarisch mit Kranken und Alten. Es geht nicht an, Rentnerinnen und Rentner zu schröpfen. Und ebensowenig geht es an, medizinische Leistungen Privilegierten und Reichen vorzubehalten. Wir sollten uns auch kein Vorbild an den USA nehmen, wo die meisten keine Krankenversicherung haben und dann abstürzen, wenn sie krank werden und nicht mehr arbeiten können.

Ein nicht unwichtiger Aspekt solidarischen Denkens ist das Verständnis für menschliche Schwächen. Menschen werden leicht Opfer von Süchten. Alkohol, Tabak und Drogen sind Produkte, die zum Teil noch immer unter Vorspiegelung falscher Tatsachen beworben, angeboten und verkauft werden. **Suchtprävention** zählt heute zu einer wichtigen Aufgabe des Staates insbesondere bei der Erziehung.

Insgesamt darf man sagen: Ein demokratischer Rechtsstaat kommt ohne christliche Solidariät und Subsidiarität nicht aus. Jede Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich im Sinne christlicher Politik engagieren.

Wir alle wissen, wie rasch wir Opfer zufälliger Unglücksfälle werden können. Trost erhalten wir zweifellos in unserem religiösen Glauben. Doch die durch Religion geleistete Kontingenzbewältigung für die Einzelnen durch Seelentrost ist aber längst nicht die einzige Leistung des Christentums. Christliche **Ethik** sorgt nämlich für eine dauerhafte und reale Bewältigung kontingenter Ereignisse in Gesellschaft und Staat, indem sie gelebte Solidarität zustande bringt. In einer christlichen, solidarischen Gesellschaft sind sogar Katastrophen weniger leidvoll. Es ist nämlich sichergestellt, dass Opfern rasch, zuverlässig und nachhaltig geholfen wird. So wissen wir uns auch im Unglück durch die Gemeinschaft getragen.

Christentum, Demokratie und Wirtschaft

Der gewaltige Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und die Entstehung globaler Märkte könnte die Illusion vermitteln, es gebe nur noch eine weltweite Wirtschaftsgemeinschaft. Eine solche Scheuklappenideologie ist geschichts- und realitätsfremd. Menschen sind seit jeher in vielfältigen Gemeinschaften und Netzwerken miteinander verbunden. Natürlich auch heute. Auch ein Manager, der für einen Global Player in der Wirtschaft arbeitet, hat seine Familie, profitiert von staatlichen oder städtischen Gemeinschaften. Vielleicht spielt er Sport in einem Verein, geht zur Kirche, muss sein Haus von der Gemeindefeuerwehr löschen lassen oder schickt seine Kinder in das Ferienlager einer Jugendgruppe. **Die globale Wirtschaft profitiert von den Kräften der Staaten und kleineren menschlichen Gemeinschaften.** Freilich wird dies heute oft vergessen.

Wenn an die Stelle kleinerer Märkte ein weltweiter Wettbewerb getreten ist, so bieten sich für die traditionellen Gemeinschaften neue Chancen, den Wohlstand aller zu erhöhen. Im Prinzip kann man sagen, dass dies weit herum eingesehen wird. Es gibt kaum jemanden, der nicht gerne von den Errungenschaften der globalen Wirtschaft profitieren

möchte oder dagegen wäre, wenn jemand Coca Cola, Videoplayer, I-Pod zum Herunterladen von Musikdateien, Mikrowellengeräte oder Autos kaufen und benützen würde.

Allerdings bereitet die Entfaltung einer globalisierten Wirtschaft den Nationalstaaten und traditionellen Gemeinschaften zahlreiche Schwierigkeiten. Wie kann man heute in der Wirtschaft mittun? Arbeit ist natürlich für alle da. Aber seit einigen Jahrzehnten gelingt es immer weniger, diese in Hülle und Fülle vorhandene Arbeit in geregelte Beschäftigungsverhältnisse einmünden zu lassen. Arbeitsstellen sind ja nicht nur Arbeitsstellen. Sie sind verknüpft mit einer umfangreichen Sozialversicherung. Zu den Lohnkosten kommen also immer noch Kosten für die Sozialabgaben hinzu.

Für den Staat fallen zur Aufrechterhaltung seines Systems sozialer Sicherheit ebenfalls erhebliche Kosten an. Manche der sozialen Sicherungssysteme wie die Altersvorsorge sind in den westlichen Ländern in eigentliche Notlagen gekommen. Hier braucht es grundlegende Kurskorrekturen. Diese sind nicht nur notwendig, um die von allen geschätzte Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Unfällen, Pflegebedürftigkeit, Krankheit und Alter weiterhin zu gewährleisten. Weil der Staat die Sozialwerke auch mit der Erhebung von Steuern finanziert, werden Unternehmungen, die Arbeitsstellen schaffen könnten, in ihren Aktivitäten gebremst.

Die schweizerische CVP tritt mit ihrer Politik für eine Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmungen und für eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik ein. **Von der bodenständigen Kraft mittelständischer Unternehmungen ist am ehesten eine nachhaltige und krisenresistente Wirtschaftsentwicklung zu erwarten, die neue Stellen schafft, der Schweiz ein Mitmachen im weltweiten Wettbewerb sichert und zugleich auch den in der Schweiz gut funktionierenden traditionellen Gemeinschaften zugute kommt.**

Nicht unwichtig ist das Engagement für die **Reduktion administrativer und bürokratischer Hindernisse.** Christlich-demokratische Politik ist allerdings auch hier nicht laut. Sie geht nicht mit schreierischen Schlagworten vor und rechnet auf deren empathische Wirkung. Wenn Bürokratie, Papierkram und Computer für Unternehmer wie Arbeitgeber

immer drückendere Lasten darstellen, kann man nicht einfach nach mehr Freiheit, Reduktion oder Kahlschlag in der Verwaltung rufen. Die Vereinfachung und Reduktion administrativer Verfahrensweisen ist zunächst einmal Arbeit, und zwar eine grosse Arbeit. Wer bürokratische Vorgänge verbessern will, muss diese analysieren und verstehen. Dabei muss er auch die Verhältnisse in verschiedenen Ländern kennen. Danach sind Vorschläge für die Verbesserung auszuarbeiten und umzusetzen. Auch die Umsetzung kommt nicht von allein! Jede Änderung administrativer Verfahren, auch wenn sie eine Vereinfachung bedeutet, muss nämlich von den Betroffenen gelernt werden.

Ein sorgsames Vorgehen in diesem Bereich soll von einem Vertrauen in die Verantwortung und die Solidarität der Mitmenschen geleitet sein: Wir wollen den anderen Luft und Freiraum gönnen, nicht aber sie bevormunden und schikanieren. Christliche und demokratische Achtung vor dem Anderen verbinden sich also mit den Wünschen der Wirtschaft.

Christentum und Kultur im Zeitalter der globalen Demokratie

Kultur – was wäre der Mensch ohne Kultur? Doch was ist mit Kultur gemeint? Die Kultur in den modernen Demokratien besteht einerseits aus einer nicht zu überschauenden **Vielfalt**. Andererseits wird sie doch zugleich geprägt durch eine weltweit vereinheitlichte und mit den modernen Medien vermittelten globalen Kultur. Hinzu kommen die Einflüsse fremder Kulturen: Wir leben in einem Zeitalter der Migration.

Gerade in der Schweiz ist dies besonders deutlich spürbar. Traditionell gilt die Schweiz als Land, in dem vier **Sprachkulturen** gepflegt werden. Es gibt einen deutsch-, französisch-, italienisch- und rätoromanischen Landesteil. Doch mehr als ein Fünftel der Wohnbevölkerung sind Ausländer. Das global wichtige Englisch hat mächtig an Einfluss gewonnen. Türken und die Immigranten aus dem Balkan bilden grosse Bevölkerungsgruppen. Als zwischen 1988 und 1990 im Kosovo die Autonomie aufgehoben wurde, wanderten viele Kosovo-Albanerinnen und -Albaner aus politischen und ökonomischen Gründen in die Schweiz aus. Einige arbeiteten legal, andere illegal, viele reichten ein

Asylgesuch ein. Mit dem Beginn des Krieges in Jugoslawien verstärkte sich der Zustrom der sogenannten "Ex-Jugoslawen". Viele Schweizer wissen wenig über die Kosovo-Albaner. Die **Integration** dieser scheinbar sehr fremdartigen Volksgruppe ist schwierig, besonders junge Männer sind in der Schweiz dadurch aufgefallen, dass sie nur ihre eigene Sprache kennen, buchstäblich "auf der Strasse" landen, vor Delinquenz nicht zurückscheuen und eine eigene Strassenkultur pflegen. Zahlreiche Gemeinschaften aus fremden Kulturen haben sich aber in der Schweiz erfolgreich etabliert.

Damit das Verhältnis der verschiedenen Kulturen zueinander positiv gestaltet werden kann, braucht es Kenntnisse, Wissen und Verständnis. Es ist dabei ausserordentlich wichtig, dass die Kultur des Immigrationslandes in ihren Eigenheiten und Besonderheiten erkennbar gemacht wird. Säkularisierung und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft haben zum Teil dazu geführt, dass die geschichtlichen und christlichen Fundamente der westlichen Kultur als solche in der Öffentlichkeit und im Schulsystem zu wenig deutlich gezeigt werden. Zu einer qualitativ hoch stehenden Ausbildung der Jugend, wie sie Kernaufgabe des Staates ist, gehört die Vermittlung dieses kulturellen Basiswissens.

Christentum und Umwelt

Genauso wie ein nur von demokratischen Prinzipien geleiteter Umgang mit der Kultur deren Gehalte zu wenig zu würdigen weiss, ist heute der sorgsame Umgang mit der Umwelt unter dem Einfluss der Globalisierung ein viel zu wenig wichtiges Anliegen.

Nur wer den einmaligen Wert der Schöpfung kennt, setzt sich konsequent für den Schutz der Natur ein. Ich führe deshalb ein paar Punkte aus dem Parteiprogramm der CVP Schweiz auf.

Die CVP Schweiz unterstützt die nachhaltige Entwicklung und Umsetzung des Kioto-Protokolls. Sie tritt für eine gestaffelte und berechenbare Einführung einer CO₂-Abgabe ein, welche auf europäischer Ebene koordiniert werden soll. Sie tritt für eine Förderung

der Wasserkraft und anderer erneuerbarer und zukunftsträchtiger Energien ein. Sie setzt sich für eine ökologische Steuerreform ein. Sie unterstützt die Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Schiene. Um die Versorgung mit gesunden und sicheren Nahrungsmitteln zu gewährleisten, kämpft sie für eine ökologische Landwirtschaft.

Politische Kultur

Wer erkennt, dass Politik eine Sache aller ist, in der die Liebe zum Menschen, zur Welt und zu Gott wichtig sind, in der die menschliche Solidarität umgesetzt wird und den Prinzipien von Fairness und Gerechtigkeit zu folgen ist, hat verstanden: Politik ist nicht auf Entscheidungen, Durchsetzung von Machtansprüchen oder Freund-/Feindunterscheidungen reduzierbar. **Wahre Politik ist zugleich Kultur.** Kultur lebt einerseits aus dem Tun in der Gegenwart, andererseits aus der Kenntnis der Tradition. Sie stützt sich auf lange demokratische Traditionen und Rechtsvorstellungen, ganz besonders aber auf das Christentum.

Die politischen Systeme des Altertums haben einst bewundernswürdige Leistungen hervorgebracht. Sie organisierten mächtige Gebiete, verwandelten den Mittelmeerraum in eine blühende Welt der Städte, entwickelten ein durchschlagkräftiges Recht und eröffneten den Angehörigen der Eliten in hohem Masse gleiche Chancen. Das Christentum mit seiner Achtung aller Menschen bedeutete einen weiteren Schritt und einen Quantensprung im Weg zu einer demokratischen Gesellschaft. Freilich waren in Altertum, Mittelalter und einem erheblichen Teil der Neuzeit Monarchie und eine hierarchisch geordnete Gesellschaft das, was als selbstverständlich empfunden wurde. Dies hat das Christentum weder ändern können noch wollen, gab es doch bis zur Französischen Revolution keine Alternative, welche die Leistungen der vorhandenen politischen Systeme übertroffen hätte.

In den letzten Jahrhunderten haben Christentum und Demokratie zueinander gefunden. Eine demokratische Gestaltung von Gesellschaft und Staat ist freilich kein Allheilmittel. Gerade aus christlicher Perspektive, welche weltliche Dinge kri-

tisch relativiert, ist dies besonders deutlich. So stehen Demokratie und Christentum in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis.

Vor allem ist deutlich, dass es für die Lösung der heute aktuellen Fragen Menschen braucht, die bereit sind, sich zu engagieren, nachzudenken, immer wieder neu zu lernen, zu diskutieren und zu debattieren.

Eine Kultur der Auseinandersetzung mit der Gegenwart hat ihren Platz in allen menschlichen Gemeinschaften. Ein ganz wichtiger Ort ist die Familie. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlichen Alters. Kinder haben andere Prioritäten als Erwachsene. Dennoch muss man für jeden Tag gemeinsame Lösungen finden. Das Gespräch zwischen Kindern, Eltern, Grosseltern und Verwandten erzeugt täglich Konsens, vermittelt, gibt Wissen weiter, erzeugt ein dauerhaftes Band der Generationen. Ob beim Spiel, im Haushalt oder beim Essen, hier werden elementare Techniken des sozialen Umganges gepflegt.

Erwachsene treffen sich bei Arbeit, in der Freizeit, beim Sport, bei Anlässen. Wo immer Menschen zusammenkommen, geht es um die Auseinandersetzung mit Fragen, die alle betreffen. Wer dies weiss, kann auch die Verbindungen zu den klassischen Politikfeldern herstellen. **Politik setzt im Alltag ein.** Sie wird nicht nur in Parteien, Parlamenten und Exekutiven gemacht.

Gewiss gibt es die klassischen Felder der Politik: Innen- und Aussenpolitik, Wirtschafts-, Sicherheits-, Sozialpolitik und so weiter. **Die Wurzeln des Politischen aber liegen in einer politischen Kultur des Alltags.** Ich habe das Privileg, in einem Land zu leben, das eine sehr alte demokratische und christliche Tradition besitzt. Das Christentum hat sich auf dem Gebiet der heutigen Schweiz bereits im vierten Jahrhundert nach Christus durchgesetzt. Demokratische Verfahren waren bereits im Mittelalter vorhanden. 1848 schuf die Schweiz als erstes Land Europas eine fortschrittliche demokratische Verfassung, wobei allerdings ein Bürgerkrieg vorangegangen ist und die Schweiz dann noch lange brauchte, bis sie endlich auch den Frauen die vollen politischen Rechte eingeräumt hat. Dieses Land hat sodann den grossen Vorteil, klein zu sein. Hier kennt man

sich, hier sind die Wege zwischen Bürgern, Politikerinnen und Politikern sowie Amtsträgern kurz und direkt.

Das Verhältnis christlichdemokratischer Politik zu den Landeskirchen hat einen gemeinsamen Boden in der politischen Kultur des Landes. Wenn sich aber beispielsweise katholische Bischöfe zu politischen Fragen äussern, so tun sie dies in ihrem Namen und nicht im Sinne einer Partei. Bischöfe oder Priester sind genauso Bürger des demokratischen Staates wie andere auch. **Die CVP betreibt keine konfessionelle Politik**, und erst recht nicht gibt es einen besonderen Draht in den Vatikan.

Überhaupt steht die christlichdemokratische Bewegung, die sich sowohl den Gedanken der Demokratie wie des Christentums verpflichtet weiss, allen offen, welche an der Meinungs- und Willensbildung in der demokratischen Schweiz besonders aktiv mitwirken wollen. Im politischen Spektrum der Parteien vertritt sie **bürgerliche Politik** und tritt in der **Mitte**, zwischen Sozialdemokratie auf der Linken und der häufig populistischen Schweizerischen Volkspartei auf der Rechten, für eine **liberal-soziale Schweiz** ein. **Die Beziehungen zur Europäischen Union möchte sie ausbauen, christlich-demokratisches Gedankengut auch in Europa stärken. Die Schweiz, die auch Mitglied vieler wichtiger internationaler Organisationen ist (insbesondere der UNO), sieht sie als Land, das die Aufgabe hat, für Frieden und Menschenrechte einzutreten und die Entwicklung in den Drittweltländern zu fördern.**

Insgesamt bin ich überzeugt, dass das Gedankengut von Christentum und Demokratie – in all seinem Spannungsverhältnis – ein lebendiges und attraktives Zentrum bildet, von dem her Menschen es leichter haben, die anstehenden Fragen in Gegenwart und Zukunft zu verstehen und zu lösen.